

Nr. 04

20.01.2016

Landessportbund Hessen e.V.

Landessportbund begrüßt Ankündigung des Landes / Noch keine endgültige Entwarnung

Kommunikation und Marketing
Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt

Fon 069 6789-262
Fax 069 6789-300

oeffentlichkeit@lsbh.de

Noch mindestens 36 Hallen mit Flüchtlingen belegt

Mindestens 36 Sporthallen sind derzeit noch mit Flüchtlingen belegt. Das hat eine aktuelle Erhebung des Landessportbundes Hessen bei allen hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten ergeben. Dabei zeigte sich auch: Seit der Erhebung im November (mindestens 40 Hallen) hat sich wenig getan.

Das soll sich nun ändern. Wie die Hessische Landesregierung kürzlich mitgeteilt hat, sollen bis Ende Februar alle Notunterkünfte in feste Einrichtungen in Landesverantwortung überführt werden. Dies gelte auch für 19 Turn- und Sporthallen, die derzeit als Notunterkünfte dienen. „Wir begrüßen die Ankündigung der Landesregierung ausdrücklich“, sagt Dr. Rolf Müller, Präsident des Landessportbundes Hessen (lsb h). „Wir sind froh, dass damit wieder mehr Hallen zur Verfügung stehen, in denen Sport ausgeübt und gesellschaftliche Aufgaben wie Integration oder Inklusion auch erfüllt werden können.“

Gleichzeitig bescheinigt Müller, der stets gefordert hatte, die Unterbringung in Hallen dürfe nicht zur Dauerlösung werden, einen „jederzeit guten Austausch mit dem Hessischen Innen- und Sportministerium. Uns ist bewusst, dass die Entscheidungen zur Unterbringung in Sporthallen niemals leichtfertig getroffen wurden.“ Vor allem dankt Müller aber den betroffenen Vereinen, die ihre Trainings- und Wettkampfstätten monatelang nicht nutzen konnten. „Trotz großer Einbußen und Anstrengungen, die nötig waren, um die Situation zu meistern, haben sich die betroffenen Vereine solidarisch und sehr verständnisvoll verhalten“, so der lsb h-Präsident. „Dafür möchte der Landessportbund den Vereinen, ihren Verantwortlichen und Mitgliedern ausdrücklich danken.“

Anlass für eine endgültige Entwarnung sieht der lsb h-Chef allerdings noch nicht. Denn auch durch die Ankündigung der Landesregierung ist die Problematik noch lange nicht vom Tisch: Zwar sollen bis Februar alle Notunterkünfte des Landes geräumt werden. Anders sieht es jedoch bei den Sporthallen aus, die Kreise oder Kommunen als eigene Einrichtungen nutzen.

Beispiel Wetterau-Kreis: Dort wurden zwei Schulsporthallen vom Land als Notunterkunft genutzt. Diese wurden bzw. werden zeitnah geräumt. In drei weiteren Hallen in Bad Vilbel, Butzbach und Niddatal-Assenheim betreibt der Kreis eigene Einrichtungen. Wie ein Sprecher des Kreises bestätigt, werden diese Unterkünfte erst einmal erhalten bleiben.

Auch ein Sprecher des Main-Taunus-Kreises sagt auf lsb h-Nachfrage: „Wir warnen vor dem Schluss, dass nun gar keine Hallen mehr gebraucht werden. Die Kommunen werden weiter Zuweisungen erhalten, auch sie müssen Räume finden, wo Flüchtlinge untergebracht werden können.“ Gemeinsam mit den kommunalen Politikern, so Dr. Rolf Müller, müsse deshalb weiter nach passenden Lösungen gesucht werden. Denn nach wie vor gelte: „Der Sport hat eine ganz besondere integrative Kraft. Diese kann er aber nur entfalten, wenn ihm dafür auch genügend Sportstätten zur Verfügung stehen.“

Unsere
Premiumpartner



HESSISCHE
Sportstätten - Ausstattungs- und Service GmbH

Wie die Landessportbund-Umfrage ergab, bestehen die Probleme aber vor allem punktuell: So werden in 15 der 26 kreisfreien Städte und Landkreise derzeit gar keine Hallen zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Besonders viele sind es derzeit hingegen in Frankfurt (7) und Darmstadt-Dieburg (6). Die Kreise Wetterau, Rheingau-Taunus und Vogelsberg kommen aktuell auf je vier belegte Hallen.